

Protokoll der 10. Sitzung des Runden Tisches Elektromagnetische Felder (RTEMF) vom 24.11.2014

Sitzungsort: Regionalverband FrankfurtRheinMain, Poststraße 16, 60329 Frankfurt am Main

Anwesend:

- Vorsitz: T. Jung (Bundesamt für Strahlenschutz, BfS)
- Mitglieder: J. Brix (Länder-Arbeitsgruppe Umweltbezogener Gesundheitsschutz, LAUG)
C. Dörnemann (Amprion GmbH)
K. Franke (Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben, BDBOS)
A. Kappos (Bundesärztekammer, BÄK)
F. Lauer (Deutsche Telekom GmbH)
B. Müller (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, BUND)
F. Schönborn (Telefónica Deutschland GmbH)
E. Schühle (NetzeBW GmbH)
H. Schütz (Strahlenschutzkommission, SSK)
H. Schweizer (Bundesnetzagentur, BNetzA)
E. Stöcker-Meier (Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft für Immissionsschutz, LAI)
D. Wiebusch (Informationszentrum Mobilfunk e. V., IZMF)
- Geschäftsstelle: C. Egblomassé-Roidl, C. Pölzl-Viol
(Bundesamt für Strahlenschutz, BfS)
- Gäste: B. Keller (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, BMUB)

TOP 1: Begrüßung

Herr Jung begrüßt die anwesenden Mitglieder und Frau Keller als Vertreterin des BMUB. Die Tagesordnung wird ohne Änderungswünsche angenommen.

TOP 2: Aktuelles

Bericht durch das BfS

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) überarbeitet zurzeit ihr EHC-Dokument (Environmental Health Criteria) zu Hochfrequenz-Feldern (Radiofrequency fields). Die Literaturliste, die Grundlage der Bewertung sein wird, steht bis 15.12.2014 zur

Konsultierung und Ergänzung im Internet bereit (http://www.who.int/peh-emf/research/rf_ehc_page/en/).

Die Internationale Kommission zum Schutz vor Nichtionisierender Strahlung (ICNIRP) überarbeitet gegenwärtig die Richtlinien zur Begrenzung der Exposition durch hochfrequente Felder. Damit wird ein weiterer Teil der Empfehlungen von 1998 überarbeitet. Bereits überarbeitet wurden die Empfehlungen zu statischen und niederfrequenten Feldern.

Das BfS beabsichtigt, sich im Bereich des Stromnetzausbaus stärker in der Kommunikation zu engagieren. Seine spezielle Verantwortung sieht das BfS darin, sich in die Kommunikation mit Multiplikatoren einzubringen sowie über Stand von Wissenschaft und Technik und über Daten und Fakten zur Exposition durch niederfrequente Felder zu informieren. Trassenbezogene Informationen und Bewertungen sieht das BfS nach wie vor als Aufgabe der Betreiber – dafür ist es nicht zuständig.

Herr Jung berichtet, dass die BfS-Fachbereiche Strahlenschutz und Gesundheit (SG) sowie Strahlenschutz und Umwelt (SW) bei der Begehung durch den Wissenschaftsrat im Mai 2014 gute Bewertungen erhalten haben. Der Bewertungsbericht wurde im November 2014 auf der Internetseite des Wissenschaftsrates veröffentlicht (<http://www.wissenschaftsrat.de>, Pressemitteilung Nr. 32 vom 27. Oktober 2014). Die Umsetzung der Empfehlungen wird das BfS zusammen mit dem BMUB angehen.

Berichte der Mitglieder

Frau Keller (BMUB) berichtet, dass die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Konkretisierung des § 4 Abs. 2 der 26. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes - 26. BImSchV derzeit erarbeitet wird. Für Sommer nächsten Jahres ist die Länder- und Verbändeanhörung geplant. Anschließend wird der Entwurf dem Bundesrat zur Zustimmung vorgelegt.

Frau Stöcker-Meier (LAI) berichtet, dass die Durchführungshinweise der LAI zur 26. BImSchV veröffentlicht wurden.

Herr Schweizer (BNetzA) berichtet über den Fortgang des Stromnetzausbaus. Informationen über den aktuellen Stand aller Vorhaben sind auf der Internetseite der Bundesnetzagentur (BNetzA) zum Stromnetzausbau www.netzausbau.de einsehbar. Am 4. November 2014 ist der 2. Entwurf des Netzentwicklungsplans (NEP) von den Übertragungsnetzbetreibern eingegangen. Der NEP wird von der BNetzA geprüft, und zur öffentlichen Diskussion gestellt (= Konsultation). Anschließend wird der Umweltbericht erstellt. Herr Schweizer informiert darüber, dass bis Ende 2014 voraussichtlich 40 % der Vorhaben fertig gestellt sein werden, die im Rahmen des Energieleitungsausbaugesetzes (EnLAG) durchgeführt werden.

Herr Dörnemann (Amprion GmbH) berichtet über das erste Erdkabelbauprojekt im Rahmen des EnLAG (in Raesfeld, Münsterland). Die Transparenz beim Vorgehen des

Projektes sei sehr hilfreich gewesen. Es sei deutlich geworden, dass auch Erdkabel „nicht mal eben nur eingegraben“ werden können. In einer flachen Gegend wie dem Münsterland sei das Ausheben des erforderlichen tiefen Grabens für die Kabel bautechnisch zwar ohne Hindernisse. Die Verlegung bei Hanglage, die z. B. eine bessere Befestigung der Kabel erfordere, sei aber ungleich schwieriger. In jedem Fall aber müsse die Trasse im weiteren Zeitverlauf vom Bewuchs freigehalten werden, um notwendige Wartungsarbeiten zu ermöglichen. Die Rechtsauffassung der Länder, den in der 26. BImSchV geregelten Aspekt der Minimierung zu berücksichtigen, ohne dass die Allgemeine Verwaltungsvorschrift mit den rechtsverbindlichen Vorgaben für die Umsetzung fertig gestellt sei, sei seiner Ansicht nach ungünstig.

Herr Schühle (Netze BW) ergänzt, dass die Länder die Durchführungshinweise am 17./18. Sep. 2014 verabschiedet haben. Die Amtschefkonferenz der Umweltministerien hat daraufhin am 23. Okt. 2014 die Durchführungshinweise zur Anwendung empfohlen. Entgegen der Rechtsauffassung des BMUB fordern die Ländern in den Durchführungshinweisen die sofortige Minimierung, auch vor in Kraft treten der konkretisierenden AVV. Diese unterschiedlichen Rechtsauffassungen sehe er problematisch.

Herr Kappos (Bundesärztekammer) berichtet, dass derzeit eine Handreichung für Ärzte zum Thema gesundheitliche Folgen des Netzausbaus erstellt wird. Diese wird im Lauf des nächsten Jahres verabschiedet.

Frau Franke (BDBOS) berichtet in Bezug auf den Ausbau des digitalen Behördenfunks, dass inzwischen über 93 % der Fläche der Bundesrepublik Deutschland funkversorgt seien. Bis Ende 2014 werde der Ausbau im Wesentlichen abgeschlossen sein. Aktuell seien ca. 480.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer registriert, bis Ende des Jahres 2014 werden es ca. 500.000 sein. Insgesamt sind zwei von den drei durch die BDBOS beauftragten Forschungsprojekten zu den gesundheitlichen Wirkungen von TETRA-Funksignalen abgeschlossen und veröffentlicht. Die dritte Studie wird voraussichtlich Ende 2015 fertiggestellt.

Frau Brix (LAUG) erwähnt, dass sich das Interesse der Öffentlichkeit vom Mobilfunk weg und hin zum Stromnetzausbau verschoben hat. Große Aufmerksamkeit bestehe hier allerdings häufig auch nur in bestimmten Ausbaubereichen. Die Schreiben der Bürgerinnen und Bürger sowie die Beschwerden seien denen des Mobilfunks ähnlich.

Im Gremium wird gemutmaßt, dass die aktuelle Aufmerksamkeit gegenüber den niederfrequenten Feldern vermutlich in 10 Jahren ebenso nachlassen wird, wie die Aufmerksamkeit gegenüber dem Mobilfunk in den letzten Jahren.

Herr Lauer (Deutsche Telekom) streift das Thema WLAN-Ausbau in Städten. Dieser dient dazu, den steigenden Bedarf an Datenverkehr abzuführen und den Mobilfunk zu entlasten. Die hohe Anzahl an WLAN Hotspots setzt sich zusammen aus öffentlichen WLAN Hotspots, die durch die Betreiber zur Verfügung gestellt werden, und dem sogenannten „WLAN to go“. Dieses bezeichnet einen öffentlichen Hot Spot, der durch

Spaltung von privaten WLAN-Routern entsteht. Das Thema WLAN war ursprünglich für diese Sitzung geplant, musste dann aber aufgrund der anderen zeitkritischen und diskussionsintensiven Tagesordnungspunkte zurück gestellt werden. Eine ausführliche Diskussion des Themas wird für die nächste Sitzung vorgemerkt. Es ist vorgesehen, neben den reinen Fakten rund um den Ausbau auch die Fragen der Exposition durch WLAN, die Sicht des Verbraucherschutzes (durch Herrn Müller) sowie Sichtweisen zur Kommunikation in Bezug auf WLAN aufzubereiten.

Bezugnehmend auf die Ärztefortbildung, die das IZMF seit vielen Jahren zusammen mit der Kinderumwelt gGmbH durchführt, informiert Frau Wiebusch (IZMF) darüber, dass neben den biologischen Wirkungen hochfrequenter Felder nun auch die wissenschaftlich diskutierten Gesundheitsrisiken niederfrequenter Felder in die Fortbildungsinhalte mit aufgenommen wurden. Veranstalter der Fortbildungsreihe ist neben dem IZMF und der Kinderumwelt nun auch die TU Ilmenau. Die Ärzte zeigen allerdings ein eingeschränktes Interesse am Thema Niederfrequenz, die Nachfragen zielen eher auf die Wirkungen hochfrequenter Felder. Des Weiteren bereitet das IZMF zusammen mit der TU Ilmenau derzeit eine Messreihe über kumulierte Expositionen in Alltagssituationen vor. Frau Wiebusch bietet an, über die Ergebnisse der Messreihe beim RTEMF zu berichten (voraussichtlich in der Herbstsitzung 2015).

Herr Schütz (SSK) weist auf einen Bericht des niederländischen Gesundheitsrates über kanzerogene Effekte hochfrequenter Felder des Mobilfunks bei Tieren hin, der Anfang September 2014 veröffentlicht wurde (<http://www.gezondheidsraad.nl/en/publications/environmental-health/mobile-phones-and-cancer-part-2-animal-studies-carcinogenesis>)

TOP 3: Zukünftige Ausrichtung des RTEMF

Ziel des Tagesordnungspunktes ist es, den zukünftigen Fokus und Arbeitsinhalte des RTEMF zu beraten.

Herr Jung führt anhand einer kurzen Zusammenfassung des bisherigen Verlaufs in den TOP ein. Der Runde Tisch wurde im Jahr 2004 als begleitendes Gremium zum Deutschen Mobilfunk Forschungsprogramm gegründet (RTDMF). Er hatte zum Ziel, das DMF zu begleiten, Stakeholder einzubeziehen und Transparenz zu gewährleisten. Das Anliegen des BfS war es, den Austausch verschiedener Sichtweisen zur optimalen Kommunikation von Forschungserkenntnissen zu fördern. Nach Beendigung des DMF wurden sowohl das Thema elektromagnetische Felder, als auch der Austausch zu Kommunikationsaspekten nach wie vor als relevant eingeschätzt. Im Jahr 2009 wurde daher im Gremium beschlossen, den Runden Tisch als „Runder Tisch Elektromagnetische Felder“ (RTEMF) weiter zu führen. Im Bereich der niederfrequenten Felder sollte speziell der Stromnetzausbau berücksichtigt werden. Für das erweiterte Themenspektrum wurden neue Mitglieder aufgenommen.

Der folgende Meinungs austausch zeigt, dass die Mitglieder nach Beendigung des DMF durchwegs ein klar formuliertes Mandat für den aktuellen RTEMF befürworten.

Als Aufgaben und Herausforderungen des RTEMF werden folgende Aspekte diskutiert:

- Kommunikation wissenschaftlicher Sachverhalte
- Kommunikation des aktuellen Forschungsstandes, der Defizite in der Forschungsagenda und der Diskussionen über Schutzüberlegungen und Regelungen.
- Vermittlung von Risikobewertungen in der Form, dass sie auch besorgte und interessierte Bürgerinnen und Bürger erreichen, damit zur Meinungsbildung beitragen und Risikoentscheidungen erleichtern können.
- Weitergabe von Informationen durch die Mitglieder in ihrer Eigenschaft als Multiplikatoren
- Orientierung für den Umgang mit wissenschaftlichen Kenntnislücken (Fokus: Schutz von Kindern)
- Förderung der Diskussionskultur
- Unterstützung der Länder bei Ihren Aufgaben, insbesondere Unterstützung bei der Kommunikation mit Bürgern zu persönlichen Betroffenheiten sowie zur Studienlage und Forschungsnotwendigkeiten. Verbreitung der Informationen des RTEMF durch die LAI. Umgekehrt können die Länder aus der Vollzugspraxis Handlungsbedarfe für die Forschung aufzeigen.
- Umfassende Abdeckung von Sichtweisen, daher sollte eine Erweiterung des RTEMF um Vertreter aus dem gesellschaftlichen Bereich (z. B. Bürgerinitiativen) angestrebt werden.

Fragen, die sich daraus ergeben:

- Wie kann eine Kontinuierisierung des Wissens gelingen?
- Wie kann Risikokommunikation in das Handeln der Betreiber von Infrastrukturmaßnahmen hinein getragen werden?

Herr Jung fasst die Diskussion zusammen. Er bestätigt, dass der RTEMF ein klares Mandat und eine klare Fokussierung brauche. Es sei nicht Aufgabe des RTEMF, Risikobewertungen zu übernehmen. Der RTEMF müsse allerdings aufmerksam sein gegenüber der Wahrnehmung in der Bevölkerung. Der RTEMF sei nicht als Beschlussgremium legitimiert. Als wichtige Aufgabe des RTEMF sieht er es, die Erfahrungen aus dem Mobilfunkbereich für neue Fragestellungen weiter zu geben, wie zum Beispiel aktuell der Stromnetzausbau.

Beschluss

Das Gremium beschließt, sich zukünftig auf die Kommunikation wissenschaftlicher Unsicherheiten zu fokussieren sowie auf die Herausforderungen, die bei der Kommunikation von Entscheidungen unter Unsicherheit auftreten und bei der Verteidigung einer Entscheidung angesichts unklarer Evidenz. Anhand ausgewählter Fachthemen soll der kommunikative Umgang mit (neuen) Erkenntnissen, die Unsicherheiten mit sich bringen, erörtert werden. Dabei kann es sich entweder um Einzelthemen handeln oder um übergreifende Betrachtungen, zum Beispiel von internationalen Institutionen. Das neue Format sieht vor, dass zu den Sitzungen Gäste eingeladen werden, die Kommunikationssituationen zu dem Thema erlebt haben und verschiedene Seiten bzw. Sichtweisen der Kommunikation vertreten, wie zum Beispiel Kommunalvertreter, alternative oder kritische Wissenschaftler, Politiker etc. Aus den unterschiedlichen Blickwinkeln und Erfahrungshorizonten verspricht sich das Gremium Impulse für die Diskussion. Ein Jahresplan für Themen wird aufgestellt, um gezielter zu diskutieren. Es wird vereinbart, bei der nächsten Sitzung das neue Format zu prüfen und bei Bedarf weiter zu entwickeln.

Anlässlich der Diskussion um die Kommunikation des Zusammenhanges zwischen niederfrequenten Magnetfeldern und dem Auftreten von Leukämie im Kindesalter schlägt das Gremium vor, in einer der nächsten Sitzungen eine Aufarbeitung der Studien- und Kommunikationslage vorzunehmen. Herr Jung begrüßt diesen Vorschlag. Gleichzeitig betont er jedoch, dass es nicht Aufgabe des RTEMF sei, zu einer gemeinsamen, sprich konsentierten Bewertung hinsichtlich der Risikoabwägung, Risikobewertung und Bekanntgabe von Studienergebnissen zu kommen.

TOP 4: Zwischenfazit zu den bisherigen Projekten zu Risikokommunikation und Wissensmanagement im Rahmen der Selbstverpflichtung

Frau Pölzl-Viol gibt einen kurzen Überblick über die bisher vom BfS beauftragten Projekte, die gemäß den Vorgaben des Umweltforschungsplans (UFOPLAN) des BMUB durchgeführt wurden. Sie verfolgten einen Forschungs- und Entwicklungsansatz (F&E). Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit wurden nicht entwickelt. Entsprechend bieten die Ergebnisse der Projekte Grundlagen für eine bessere Risikokommunikation. Zwei Projekte verfolgten einen reinen F&E-Ansatz: „Untersuchung der Möglichkeiten des besseren Wissenstransfers / Wissensmanagements - im Hinblick auf das DMF - über Generationen hinweg bzw. über Themen- / Aufmerksamkeitszyklen hinweg“ (FM 8853) und „Differenzierte Betrachtung der Nutzung und Wahrnehmung des Mobilfunks“ (FM 8854). Ein Projekt entwickelte aufbauend auf dem F&E-Ansatz einen Leitfaden zur Unterstützung der Kommunikation („Erstellung einer praxisorientierten Handreichung zur Beurteilung von Studienergebnissen für Mitarbeiter von Kommunalverwaltungen“ (FM 8855). In der Planung befindet sich derzeit noch die Evaluierung des EMF-Portals, die konkrete Hinweise auf Verbesserung dieses wichtigen Instrumentes der Information und

Risikokommunikation liefern wird. Kürzlich begonnen hat das Projekt „Ergänzende Broschüre mit Hintergrundinformationen für Leitfäden zur Bewertung von Studien / Berichten über Studien“, das der Unterstützung des Einsatzes der im Rahmen des FV FM 8855 entwickelten Leitfäden dienen soll. Die Abschlussberichte werden in der Online-Bibliothek „Doris“ des BfS veröffentlicht (<http://doris.bfs.de/jspui/>).

In der folgenden Diskussion wird die Bedeutung des EMF-Portals als wichtiges Informationsinstrument hervorgehoben und zukünftige Fördermöglichkeiten diskutiert. Die bisherige Förderung durch die Industrie und durch das BMUB im Rahmen von Projekten werde der Bedeutung und Relevanz des EMF-Portals nicht gerecht. Eine dauerhafte, institutionalisierte Förderung sei erstrebenswert, da die Förderung in Projekten nicht länger aufrecht zu erhalten sei. Herr Kappos weist darauf hin, dass es auch in anderen Themenfeldern Literaturdatenbanken nur auf Basis privater Institutionen gebe.

In Bezug auf Nutzbarkeit der Projektergebnisse für die Kommunikation im EMF-Bereich wird diskutiert, wie Erkenntnisse und Empfehlungen an die Akteure vor Ort, insbesondere die Kommunen, vermittelt werden können. Das BfS spiele bei den Kommunen nur eine untergeordnete Rolle. Hinweise zur Kommunikation müssen von anderen Akteuren an die kommunalen Ansprechpartner herangetragen werden. Zudem müsse das Verhalten der Kommunen bei der Informationssuche untersucht werden, um besser darauf eingehen zu können. Herr Lauer sagt zu, die Leitfäden zur Beurteilung von Studien den Mitarbeitern im Außendienst mitzugeben und bewerten zu lassen.

TOP 5: Vorbereitung der nächsten Sitzung, Themenvorschläge

Die nächste Sitzung ist für April 2015 vorgesehen. Die Terminabfrage läuft.

Für die nächste Sitzung wird das Thema WLAN (inkl. WLAN Hotspots, WLAN an Schulen) vorgemerkt. Es ist vorgesehen Gäste einzuladen, die unterschiedliche Sichtweisen dazu repräsentieren: Lehrer, Vertreter der Landeselternschaft, Schülersprecher oder Schulamt, Vertreter aus dem kommunalen Bereich sowie des Verbraucherschutzes.

Für die Herbst-Sitzung 2015 werden die Präsentation und Diskussion der überarbeiteten ICNIRP-Guidelines vorgemerkt. Für das Frühjahr 2016 ist das Thema „Leukämie im Kindesalter“ geplant.

Das Protokoll wurde von der Geschäftsstelle des RTEMF erstellt

Kontakt: rtemf@BfS.de